



*Beamt*innen, Versorgungsempfänger*innen 6/2026*

Modernisierung des öffentlichen Dienstes wird vorangetrieben

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen treibt die Modernisierung des öffentlichen Dienstes mit einem umfassenden Maßnahmenpaket voran. In einem gemeinsamen Prozess mit den Gewerkschaften, darunter der DBB NRW und die komba gewerkschaft nrw, wurden zentrale Reformvorhaben erarbeitet.

Maßnahmenpaket vereinbart

Das vorgestellte Maßnahmenpaket umfasst zentrale Eckpunkte mit konkreten Reformvorhaben. Im Rahmen eines positiven, kritischen Dialogs zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften wurden gute Kompromisse gefunden, den Öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen in die Zukunft zu führen, um im steten Wettbewerb um die besten Fachkräfte auch mit der Wirtschaft mithalten zu können. Darunter befinden sich folgende Maßnahmen:

1. Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos

Die 41. Wochenstunde fließt künftig auf ein Lebensarbeitszeitkonto und kann insbesondere für Freistellungen vor dem Ruhestand genutzt werden. Das bestehende Langzeitarbeitskonto bleibt erhalten, die Altersstaffelung wird angemessen berücksichtigt.

2. Reform des Zulagen- und Vergütungswesens

Das Zulagen- und Vergütungssystem wird vereinfacht, indem komplexe Regelungen durch Pauschalbeträge ersetzt werden. Gleichzeitig werden die Zulagen moderat erhöht und somit ein Beitrag

zur Entbürokratisierung und Staatsmodernisierung geleistet.

3. Ausweitung des Arbeitszeitrahmens

Der Arbeitszeitrahmen wird in den Morgenstunden von 6:30 Uhr auf 6:00 Uhr erweitert. Dadurch können Beschäftigte ihren Arbeitsalltag künftig noch flexibler beginnen.

4. Einführung eines Altersgeldes

Beamt*innen erhalten bei einem freiwilligen Ausscheiden eine alternative Alterssicherungsleistung als Ausgleich für entfallene Versorgungsansparungen. So wird die Mobilität zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft gestärkt - im Einklang mit europarechtlichen Vorgaben.

5. Trennung der Alterssicherungssysteme

Versorgungs- und Rentenleistungen werden künftig getrennt aus den jeweiligen Alterssicherungssystemen berücksichtigt. Dies erleichtert den Wechsel zwischen Karrierewegen und reduziert bürokratischen Aufwand.



6. Verbesserung der Hinzuverdienstmöglichkeiten nach Eintritt in den Ruhestand

Die anrechnungsfreie Hinzuverdienstmöglichkeit für Versorgungsberechtigte im öffentlichen Dienst wird dauerhaft entfristet. Damit wird die Weiterbeschäftigung erfahrener Fachkräfte attraktiver gestaltet.

Des Weiteren wird die Landesregierung zusätzliche Maßnahmen prüfen, die sich aus den Empfehlungen der Fachministerkonferenzen zur Zukunft des öffentlichen Dienstes im Rahmen des Prozesses der Staatsmodernisierung von Bund und Ländern ergeben. Auch der DBB NRW und die komba gewerkschaft nrw werden weiterhin in einem gelebten Dialog mit der Landesregierung stehen und die weiteren Schritte zur kontinuierlichen Modernisierung des Öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen kritisch-konstruktiv und lösungsorientiert begleiten.

Stellungnahme der komba gewerkschaft nrw

Der Landesvorsitzende der komba gewerkschaft nrw, **Frank Meyers**, der zugleich Mitglied des Dienstrechtsausschusses des DBB NRW ist, begrüßt die von der Landesregierung angekündigten Reformschritte ausdrücklich, mahnt zugleich aber eine zügige und substanzielle Umsetzung an:

„Die angekündigte Einführung des Lebensarbeitszeitkontos ist ein wichtiges Signal für eine moderne Arbeitszeitpolitik im öffentlichen Dienst. Dass die Landesregierung damit eine langjährige Forderung des DBB NRW und der komba gewerkschaft nrw aufgreift, ist ausdrücklich zu begrüßen. Wer den öffentlichen Dienst zukunftsfest machen will, muss den Beschäftigten mehr Flexibilität und verlässliche

Perspektiven für den Übergang in den Ruhestand eröffnen.

Ebenso gilt: Auch das Zulagenwesen muss reformiert werden. Es braucht ein System, das nachvollziehbarer, gerechter und zeitgemäßer ist als bisher. Gefühlte und tatsächliche Ungerechtigkeiten müssen abgebaut und insgesamt an die Anforderungen der heutigen Arbeitswelt angepasst werden. Wenn die Landesregierung diesen Reformbedarf nun anpackt, ist das ein wichtiger Beitrag zu mehr Entbürokratisierung, zu einem handlungsfähigeren Staat und zu einer modernen Verwaltung.“

Die komba gewerkschaft nrw wird über den weiteren Prozess berichten.

Noch kein Mitglied? Hier geht's lang:

✉ www.komba-nrw.de/mitgliedsantrag-nrw.html